



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

**Inhaltsverzeichnis:** Unterstützt die Bauarbeiter. — Vom Dresdner Kriegsschauplatz. — Feuilleton: England und englische Verhältnisse (XIV.). — Die freiwillige Mitgliedschaft bei der Frankenkasse. — Korrespondenzen (Berlin, Braunschweig, Halle a. S., Hannover, Osnabrück-Welle). — Abredenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeigen.

**Beilage:** Tariffchiedsgericht für das Buchdruckerei-Hilfspersonal in Breslau. — Tariffchiedsgericht für das Hilfspersonal in Halle a. S. — Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Rundschau. — Literatur.

## Unterstützt die Bauarbeiter!

Die Aussperrung dauert fort. Woche für Woche vergeht — die Arbeiter hungern und warten. Mit einer bewundernswürdigen Ruhe harren die Bauarbeiter in ihrem schweren Kampfe aus. Das ist ein Heldennut, den keine militärische Zucht, kein eingedrillter und suggerierter Patriotismus schaffen können, der nur erzeugt wird durch die Einsicht des Einzelnen, daß es sich um seine eigene Sache handle und daß diese seine eigene Sache zugleich die Sache der Gesamtheit sei. Ohne zu klagen, ohne ihre Stimme zu erheben, ertragen die ausgesperrten Bauarbeiter ihre Leiden. Man sieht sie nicht, man hört sie kaum. Aber weil man sie nicht sieht und kaum hört, beginnt die öffentliche Meinung, sich mit der Tatsache abzufinden, daß sie ausgesperrt sind und hungern müssen. Man beginnt, sich an die Aussperrung zu gewöhnen, und an der Ruhe der Bauarbeiter beruhigt sich die Gesellschaft.

Als die großen Zahlen dieser Aussperrung zuerst aufkamen, erschreckten sie. Aber dann las man sie Tag für Tag in der Zeitung, und man hat sich an sie gewöhnt. Man denkt nicht daran, daß diese 187 000 Einfser ebensoviele Menschen sind — Menschen mit fühlenden Herzen und sterbendem Geist. Menschen, an denen andere Menschen hängen! Es sind viele Familien unter den Aussperrten, Greise und kleine Kinder. Die 187 000 sind darum noch nicht die ganze Zahl. Wie groß ist diese? Nach der letzten Berufszählung im Reich vom Jahre 1907 gab es 1,6 Millionen erwerbstätige Arbeiter im Baugewerbe mit 2,2 Millionen Familienangehörigen. Behält man das gleiche Verhältnis für die jetzt Aussperrten, so findet man, daß die Gesamtzahl, also mit Familienangehörigen, weit über 400 000 beträgt. Das ist soviel, als wenn man die gesamte Bevölkerung von Frankfurt a. M. nehmen und noch die gesamte Bevölkerung von Darmstadt hinzufügen würde. Das ist die Volksmasse, die nun schon wochenlang dem Hunger ausgesetzt ist.

Man denkt sich, daß während eines Krieges die beiden Großstädte Frankfurt a. M. und Darmstadt vom Feinde umzingelt, blockiert und ausgehungert werden, — so hat man das Bild der Aussperrung.

Kein feindliches Heer ist in Deutschland eingebrungen, keine Festungsgeschütze bedrauen die

Stadtmauern, — und doch sind 400 000 vollberechtigte deutsche Bürger dem Hunger ausgesetzt.

Soeben rührten sie ihre fleißigen Hände und schufen Reichtümer der Gesellschaft — jetzt müssen sie feiern.

Sie verlangen Arbeit. Doch ihre Herren sagen: „Nein!“

Sie verlangen Brot, doch ihre Herren sagen: „Gehorchen!“

Sie nehmen sich zusammen, unterdrücken ihren Schmerz und schwören, ihr Menschenrecht zu wahren bis zum letzten Ende. Doch ihre Herren sagen: „Sterben!“

Wo ist nun die Freiheit? Wo die Gleichberechtigung des Bürgers? Die Freiheit, als Sklave zu dienen oder als Rebelle zu hungern; die Gleichberechtigung des einen, der nichts ist, mit dem, der alles ist!

Ausgelöscht aus dem Buche des Lebens! Ihnen sind die Substanzmittel entzogen, folglich haben sie keine Existenzberechtigung mehr! Leiden und der stille Tod sind ihr Loos!

Der Tod des Kriegers ist ein Donner- und Flammentod. Aber der stille Tod schleicht wie ein Dieb. Er geht auf leisen Sohlen, er huscht wie ein Schatten, geräuschlos, unbemerkt, — aber sein Atem ist Frost, und wo er hinkommt, werden die Gesichter bleicher, immer bleicher — jedesmal um eine Schattierung, aber jedesmal um eine mehr! Zuerst die Kinder. Das Rot ihrer Wangen schwindet und es schwindet das liebliche Lächeln ihres Mundes, sie verwelken wie Blumen. Die Verzweiflung legt ihre Furchen in das vergrämte Gesicht der Frau und hinterläßt diesen Stempel der Not für immer. Trohigen Hauptes duldet der Proletarier, aber ein furchtbarer Ingrimm sammelt sich in seiner Seele und leuchtet in der Glut der heißen Augen.

Indessen die wenigen Großherren des Kapitals, die dieses menschenmörderische Werk geschaffen haben — denn viele kleinere Unternehmer sind an diese Aussperrung erst durch Gewalt oder durch Androhung mit Gewalt hineingetrieben worden — sie verbringen ihre Mühe in den Sommerfrischen und genießen das Leben. Ab und zu treten sie zusammen und prüfen die Situation: ob der Mut der Hungernden noch nicht nachgelassen habe, ob nicht die dumpfe Verzweiflung sich ihrer bemächtigt, ob der Aufschlag ihres Herzens noch nicht verstummt sei. Sie zählen die Pfennige, die den Arbeitern noch verbleiben sind, messen die Krume Brot, an der der Hungernde nagt. Bald rufen sie triumphierend aus: „Das Ende naht, der Arbeiter versetzt sein letztes Bettstück!“ — dann wieder müssen sie betrübt konstatieren, daß die Arbeiter noch immer Mittel finden, ihre darbeende Existenz fortzuführen. Voll Zorn und Ingrimm erklären sie: „wie, noch immer fest? noch immer einige Tropfen Mut in den Adern?“ — und sie stimmen nach Mitteln, den Arbeitern die letzte Krone abzuscheiden, die Würdearbeit des Hungers zu beschleunigen. Darauf begeben sie sich wieder in ihre Sommerfrischen, um die durch den Zorn gereizten Nerven zu beruhigen.

Die öffentliche Meinung, die Stadtvertretungen, die Regierung selbst ermahnen zum Frieden. Mit Hochmut und Verachtung sehen sich die Kapitalproben darüber hinweg. Ihrer Macht bewußt, der Macht des Kapitals, trohen sie der öffentlichen Meinung. Sie trohen den öffentlichen Gewalten. Sie achten für nichts das Verlangen der Regierung. Kraft ihres Privateigentums sehen sie ihren Willen durch. Sie bestehen auf ihren Schein wie Szepter. „Ein Pfund Fleisch nahe des Herzens!“ Und die Autoritäten, die öffentlichen Gewalten, die Regierung, müssen weichen und sie gewähren lassen.

Das ist die Gesellschaft, in der wir leben — die kapitalistische Weltordnung. Die Arbeiter allein trohen ihr. Sie trohen ihr in diesem Kampf, wie auf allen Wegen. Und sie werden siegen. Dazu aber müssen sie zusammenhalten, alle, ohne Unterschied des Berufes und ohne Unterschied überhaupt.

Zusammenstehen, wie eine feste Mauer, die ausgesperrten Bauarbeiter in der Mitte! Hilfe tut not, und es muß geholfen werden!

Unterstützt die ausgesperrten Bauarbeiter! P.

Zentrale Verhandlungen über den Tarifvertrag im Baugewerbe haben vom 27. bis 30. Mai in Berlin auf Anregung des Reichsamts des Innern stattgefunden. Als Unparteiische fungierten Geheimrer Oberregierungsrat Wiedefeldt, Oberbürgermeister Beutler-Dresden und Gerichtsdirktor Brenner-München. In den Verhandlungen kamen die Parteien selbst zu keiner Einigung, so daß nunmehr die Unparteiischen ein aus zwei Zellen bestehendes Vertragsmuster ausarbeiteten. Die Parteien haben sich bis zum 6. Juni, abends 9 Uhr, über die Annahme der Vorschläge zu äußern. Im Falle der Annahme haben die drücklichen Verhandlungen sofort zu beginnen, so daß das Schiedsgericht, welches am 13. Juni zusammentritt, endgültig entscheiden kann und die Aussperrung spätestens am 15. Juni aufgehoben wird. Der Zentralverband der Maurer hält am 6. Juni einen Verbandstag ab, auf dem zu den Vergleichsvorschlägen Stellung genommen wird.

## Vom Dresdner Kriegsschauplatz. (Schluß.)

Aus den Ausführungen des Herrn Säuberlich ist besonders noch bemerkenswert der Grund, den er für die Einbeziehung des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker als oberste Schiedsstanz in die Abmachungen mit den Hilfsarbeitern anführte. Demnach ist dies deswegen geschehen, weil

„der teilweise noch undisziplinierten und in Tarifangelegenheiten erfahrungslösen Hilfsarbeiterchaft gegenüber eine Stelle vorhanden sein muß, bei der sowohl die notwendige Autorität, wie auch die Verantwortlichkeit zum Ausdruck gelangen kann, welche die Gehilfenchaft durch ihre Mitwirkung beim Hilfsarbeiter-tarif übernehmen hat.“

Diese Auffassung — soweit sie nicht eine persönliche des Herrn Säuberlich ist — scheint sich erst im Laufe der gegenwärtigen Tarifperiode bei den leitenden Personen der Prinzipalsorganisation entwickelt zu haben. Wir erinnern uns, daß man seinerzeit dem Verlangen der Hilfsarbeiter nach einem eigenen Tarifamt mit ganz anderen Motiven entgegentrat. Damals erklärten die Herren Prinzipale, daß für die Befestigung weiterer Instanzen auf Prinzipalsseite nicht genügend Kräfte vorhanden sind! Und das wurde in so überzeugender Weise vorgebracht, daß es den Vertretern der Hilfsarbeiterschaft plausibel erscheinen mußte. Was ist denn nun der wahre Grund? Hat Herr Säuberlich aus der Schule geplaudert, dann hat man uns seinerzeit hinters Licht geführt, und wir werden in Zukunft doppelt und dreifach vorsichtig bei solchen Beratungen sein müssen.

Sonderbar wirkt die Argumentation des Herrn Säuberlich, wenn man sein Verstehen über die undisziplinierten Hilfsarbeiter seinen vorhergehenden Ausführungen über die guten Erfahrungen der Prinzipale mit dem Leipziger Tarif gegenüberstellt. Den Gipfel der Inkonsequenz aber bildet der folgende Satz, den Herr Säuberlich an die obigen Auslassungen unmittelbar anschließt. Da heißt es:

„Die der Gehilfenchaft zugefallene Mitwirkung bei der Einführung des Hilfsarbeitertarifs könne vom ausschließlichen Prinzipalsstandpunkte aus, als faug pas (Fehltritt) bezeichnet werden.“

Also im Tarifamt soll die Verantwortlichkeit zum Ausdruck gelangen, welche die Gehilfenchaft durch ihre Mitwirkung beim Hilfsarbeitertarif übernommen hat — aber dieser Ausdruck, sobald er in die Tat umgesetzt werden soll, ist ein Fehltritt! — Erkläre mir Graf Drinbur. . . Wir wissen schon seit längerer Zeit, daß Logik nicht zu den stärksten Seiten des Herrn Säuberlich zählt, aber was der Herr sich in Pirna als „Verteidiger“ unserer Tarifgemeinschaft geleistet hat, zwingt uns das Stößegebet auf die Lippen: „Herr, beschütze uns vor unseren Freunden!“ —

Es würde zu weit führen, die ganze Debatte, die von den Dresdner tariffeindlichen Prinzipalen heraufbeschworen und der auf der Gegenseite mit einer einzigen Ausnahme, so ungeschickt wie möglich die Wage gehalten wurde, hier Neube passieren zu lassen. Es genügt die Feststellung, daß die Herren Pähler, Nischer, Seiffert e tutti quanti weidlich darüber geschimpft haben, daß es ihnen nicht, wie vor zwei Jahren, gelungen ist, der Bewegung des Hilfspersonals „Herr zu werden“. Und dieses Geschimpfe trägt

ein Eingeständnis ihrer Niederlage, trotzdem die Bewegung noch zu keinem greifbaren Resultat geführt hat. Der Kampf, den unsere Dresdner Kollegenchaft führt, und dessen Schauplatz im Augenblick aus den Druckereien ins Beratungszimmer verlegt ist, wird nicht allein den Dresdner Prinzipalverein, sondern auch dem Deutschen Buchdruckerverein noch ziemlich lange auf den Nägeln brennen. Dem Versteher von der Disziplinlosigkeit der Hilfsarbeiter dürfte der Boden so ziemlich entzogen sein — vorausgesetzt, daß die Prinzipale die Gefahr erkennen, welche durch das Werfen mit Steinen entsteht, wenn man im Glashaufe sitzt. Wir wissen nur zu genau, daß man im Prinzipalslager es sehrnützlich erwartet hat, die Dresdner Hilfsarbeiter möchten, wenn auch nur einen kleinen Disziplinbruch begehen, dann wäre man seiner Verantwortlichkeit mit einem Schläge ledig gewesen. Nachdem aber unsere Kollegenchaft ruhig und besonnen blieb, wurde der um die Tarifgegner gezogene Kreis immer enger, bis er sich zu einem eklantanten Disziplinbruch der Prinzipale verdichtete.

Das Tarifamt, das nach Herrn Säuberlich die „notwendige Autorität“ darstellt, hat auf Verreiben der Dresdner Prinzipale in den Konflikt eingreifen müssen. Und nachdem es entschieden hatte, daß auf Wunsch der Mehrheit einer Partei in Verhandlungen eingetreten werden muß, was taten da die Dresdner Herrschaften? Sie verlangten von der Hilfsarbeiterorganisation in Konsequenz des Tarifamtsbeschlusses die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten, Zurückziehung der Streikposten usw. Damit war aber auch für sie die Sache erledigt. Trotzdem die Organisation, ohne dazu vom Tarifamt verpflichtet gewesen zu sein, sofort dem Wunsche nachkam, damit auch das letzte Hindernis, das einer Verständigung entgegensteht würde, beseitigt wäre, machten die Prinzipale keinerlei Anstalten, den Tarifamtsbeschuß weiter zu respektieren. Die vorgeschriebene Frist war dreimal verstrichen, ohne daß es zu Verhandlungen kam. Aber von der „Autorität“ des Tarifamts oder gar der „Mitwirkung“ der Gehilfenchaft war nichts zu verspüren. Erst nach vielem Drängen des Tarifrechtsvertreters, Herrn Thalader-Leipzig, wurde eine Kommission gewählt, die nunmehr mit den Hilfsarbeitern verhandelte. Aber — fragt nur nicht wie! Die Vertreter der Hilfsarbeiter mußten das Versprechen geben, über die Verhandlungen nichts verlauten zu lassen — so sehr haben die Prinzipale das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Wir respektieren das gegebene Versprechen um so leichter, weil es

über positive Ergebnisse nichts zu verraten gibt. Das bemerkenswerteste aber ist das Tempo, in dem gearbeitet wird; es findet alle 3 bis 4 Wochen eine Sitzung statt, die genau 2 Stunden dauern darf, die nächste Sitzung wird, vorausgesetzt, daß sich die Herren von den Stuttgarter Strapazen soweit erholt haben, am 9. Juni stattfinden. — Welche Engelsgeduld mag dazu gehören, diese Komödie über sich ergehen zu lassen?

Wie lange noch — — —

Zu dem Bericht in der „Zeitschrift“ über die Hauptversammlung in Pirna äußert sich in Folgendem auch der Vorstand unserer Zahlstelle Leipzig, nachdem die „Zeitschrift“ eine bezgl. Nichtigstellung abgelehnt hat:

1. Herr Pähler = Dresden hat behauptet, wir hätten in Leipzig tariffreien Druckereien 10 Prozent Lohnerhöhung gefordert. Herr Pähler ist nicht in der Lage, einen einzigen derartigen Fall zu nennen, soweit es sich um eine Druckerei handelt, die mit uns im Tarifverhältnis steht.

2. Herr Siegfried Weber hat behauptet: „Die Buchdruckerei C. Grumbach-Leipzig dulde keine organisierten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in ihrem Betriebe!“

Wir konstatieren demgegenüber:

Von 21 beschäftigten Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen bei C. Grumbach waren bis zum Tage der Entlassung am 30. April 1910 18 beschäftigte Mitglieder unserer Organisation. Die weiteren haben Posten als Abteilungsleiter usw. Die Entlassenen gehören der Organisation seit mehreren Jahren an und haben in der Firma Grumbach folgende Dienstzeit: 1: ½ Jahr, 3: über 1 Jahr, 8: über 2 Jahre, 4: 3 bis 6 Jahre.

Die Firma Grumbach ist ferner im Juli 1909 einer Eingabe des Gesamtpersonals nachgekommen und hat den 20 unterzeichneten Hilfsarbeitern die geforderten Zuschläge für Ueberstunden bewilligt. (Siehe „Solidarität“, Nr. 35 vom 28. Aug. 1909, Rundschau.) Im weiteren werden wir auch die neuingestellten Hilfsarbeiter der Firma Grumbach unserer Berufsorganisation zuführen.

Wenn aber Herr Siegfried Weber behauptet, er erkenne den Hilfsarbeiter-Tarif nicht an, dann ist das wieder ein sehr drastischer Beweis dafür, wie sich ein Prinzipal um seinen eigenen Betrieb kümmert. Die Weberischen Punttiererinnen haben 1906 genau wie andere Berufsgenossen gegen die damalige Geschäftsführung des Innungsvorsitzenden Mäfer durch die Protestversammlung am 26. November während der Geschäftszeit drei

## England und englische Verhältnisse.

Reise-Blaubereien von W. Th.

XIV.

Einzelbilder aus London.

Außer Geradewohl seien einige Skizzen herausgegriffen.

Mitten in der Stadt dehnen sich Parks von überraschender Größe und Schönheit aus. So bedeckt der Hyde Park (Heid-Park) mit dem ihm angegliederten Kensington Park über 700 preussische Morgen, das sind nahezu 200 Hektar. Der Regent Park (Nischent Park) umfaßt 450 Morgen, der Battersea Park und der Hampstead Heath je 240 Morgen, der Victoria Park 300 Morgen; zwanzig andere Parks sind kleiner. Für gärtnerische Ausschmückung und für Erhaltung der Baumbestände werden große Summen aufgewendet. Weite Rasenflächen dehnen sich zwischen schattenspendenden Baumgruppen und künstlichen Wasserbecken aus. Und diese Rasenflächen sind nicht nur zum Ansehen da, sondern man geht kreuz und quer darüber hin, lagert sich darauf; Kinder rennen und spielen; Familien breiten Tücher auf das Gras und ruhen stundenlang gemächlich aus. Ist dann eine Stelle zu arg mitgenommen worden, daß der Rasen vertrocknet, so läßt die Parkverwaltung das Fleckchen umgraben und neu besäen. Ein kleines Täfelchen, in die Erde gesteckt, spricht die Bitte aus, diese Stelle bis auf weiteres nicht zu betreten, und nie-

mand wird den Fuß darauf setzen, bis das Täfelchen verschwunden, der Rasen wieder tragfähig ist. Man wird auch nie sehen, daß Kinder oder Erwachsene Zweige von den Sträuchern oder Bäumen oder gar Blumen aus den zahlreichen Vasen abreißen, obwohl nirgends nach deutschem Muster eine Warnungstafel „bis zu 30 Marck Geldstrafe oder entsprechender Haft“ das Abreißen verbietet. Der Engländer ist im Freien dressiert und bedarf solcher Schreckmittel nicht.

Mitten in den Parks weiden Schaffherden; niemand belästigt sie; auch die wildesten Mangeln benehmen sich anständig. Von 7 bis 8 Uhr früh und von 8 bis 9 Uhr abends ist das Baden in der Nähe der Brücke, die über den großen Teich im Hyde Park führt, gestattet. Niemand nimmt daran Anstoß. Die Parks von London sind die großen Luftbeden, die den Gesundheitsstand der riesigen Stadt außerordentlich günstig beeinflussen. — Spielplätze für Kinder sind in ungezählter Menge über die ganze Stadt verstreut.

Von den Denkmälern fängt man lieber erst gar nicht an. Denn wollte man auch nur die hervorragenden nennen, so würde man kaum fertig. Nur das eine fällt auf, daß nämlich den militärischen Größen bei weitem nicht der Vorrang gegeben ist, der in Berlin so unheimlich auffällt. Die Nelson, Wellington, Roberts und andere haben natürlich ihr Standbild oder ihre Denkfäule; aber die Staatsmänner, Gelehrten, Künstler, Forschungsreisenden, Volksmänner und Dichter überwiegen doch bedeutend. Ein Beispiel: An der Nordseite des Hyde Park steht das Albert-Denkmal. Albert war der Mann der Königin

Victoria. Das Denkmal kostet 2½ Millionen Marck und ist mit verschwendlicher Pracht ausgestattet. Am Unterbau ziehen sich auf den vier Seiten, in Erz gegossen, im Halbr relief Darstellungen der berühmtesten Dichter und Musiker, Maler, Baumeister, Bildhauer, Philosophen und Gelehrten aller Zeiten hin; insgesamt sind es 178 Gestalten. Aber vergebens wird man darunter einen einzigen Vertreter der Kriegskunst suchen. Die Engländer sind eben doch ein noch ziemlich wildes Volk.

In seinen heiligsten Gefühlen verletzt würde sich ein deutscher Patriot fühlen, wenn er dem Exerzieren englischer Soldaten und dem Verhalten des Publikums dabei zusähe. England kennt bekanntlich nicht die allgemeine Wehrpflicht, sondern muß sein stehendes Heer durch Anwerbung zusammentragen. Ueberall sind Werbe-Bureaus, in denen sich jeder melden kann, der keine Lust oder keine Gelegenheit findet, sich durch ehrliche Arbeit zu ernähren. Die Anwerbung erfolgt jedesmal auf die Dauer von zwei Jahren. Die Exerzitten finden auf freien Plätzen statt, auch im Hyde Park, nicht, wie in Deutschland, auf hochummauerten Kasernenhöfen. In aller Gemütsruhe laufen da die Zivilisten zwischen dem kommandierenden Offizier und der exerzierenden Abteilung hin und her; oder sie lagern sich dicht daneben ins Gras und geben ihre mehr oder weniger sachmännischen Urteile über Güte und Zweckmäßigkeit der Exerzitten ab. Darin findet niemand etwas Ungehöriges, auch der Offizier nicht. Es geht familiär zu. Die in Deutschland üblichen jarten „Nachhüfen“ in Gestalt von

Stunden opponiert und wurden nach Rückkehr in den Betrieb gern wieder weiter beschäftigt. Des Weiteren hatten wir im September 1909 vom Hilfspersonal F. J. Weber den Auftrag, bei genannter Firma vorstellig zu werden, um einzelne tarifwidrige Löhne zu beseitigen. Die einzelnen Löhne waren von 50 Pf. bis zu 4 Mk. unter den an und für sich niedrigen Mindestlohn gefunden. Die maßgebenden Faktoren erklärten sich denn auch ohne Umschweife bereit, den Mindestlohn zunächst zu bewilligen, was eine wesentliche Steigerung der Löhne zur Folge hatte. Gleichzeitig erhielten auch die Hilfsarbeiterinnen eine Lohnaufbesserung, welche seit zwei Jahren mit ihrem Lohne stillstanden. Insgesamt betrug die Lohnaufbesserung an circa 50 Hilfsarbeiterinnen wöchentlich gegen 35 Mk. Wenn nun der Inhaber der Firma von all den Vorgängen im eigenen Hause nichts merkt oder bemerken will, dann ist es sehr leicht, von der hohen Warte aus mit Behauptungen in die Welt hinaus zu gehen, die bei etwas genauerer Information denn doch ganz anders ausfallen würden.

## Die freiwillige Mitgliedschaft bei der Krankenkasse.

Von Arbeitersekretär Gustav Krüger in Dessau.

Bei den ungünstigen Erwerbsverhältnissen und der Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, die für den Arbeiter alle Tage dazu führen können, daß er mit größerer oder geringerer Arbeitslosigkeit bedacht wird, ist es doppelt notwendig, daß er sich wenigstens vor der Not zu schützen sucht, die durch den Eintritt von Krankheitsfällen an ihn und seine Familie herantritt. Ein Uebel kommt tatsächlich selten allein, und geschieht es, daß zur Arbeitslosigkeit noch Krankheit hinzukommt, dann sieht es oft sehr, sehr traurig in einer solchen Familie aus, wenn der Ernährer derselben nicht so vorsichtig war, beim Austritt aus dem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis seine freiwillige Mitgliedschaft bei der Krankenkasse anzumelden, und sich damit alle Ansprüche in derselben Höhe zu erhalten, die den Pflichtmitgliedern zustehen.

Voraussetzung zur Erlangung der freiwilligen Mitgliedschaft ist, daß dieser eine Pflichtmitgliedschaft vorausgegangen sein muß. Wer also aus irgend einem Grunde aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet und vom Unternehmer von der Krankenkasse abgemeldet wird, dem steht nach § 27 des Krankenversicherungsgesetzes das Recht zu, sich innerhalb einer Frist von einer Woche bei

Büßen, Schlägen mit der Säbelscheide, sind unbekannt, wie denn Soldatenschindereien in Art und Umfang der deutschen einfach undenkbar sind. Der Engländer, der zum ersten Male über die in Deutschland alltäglichen Kasernengreuel hört, hält dieselben für Erfindungen; er will nicht an ihre Tatsächlichkeit glauben. — In der unmittelbaren Umgebung des Buckingham Palace, des königlichen Schlosses, liegen zwar acht Regimenter — aber sonst verschwindet das Militär im Straßensilde von London völlig. Daß die Soldaten außer Dienst ebensowenig ein Seitengewehr tragen dürfen wie der Policeman im Dienst, ist bereits früher hervorgehoben worden.

Ein furchtbarer Brand hat London im Jahre 1666 zum größten Teil vernichtet. Zur Erinnerung daran erhebt sich unsern vom Tower, nahe der Themse, eine 202 Fuß hohe Säule, zu deren Galerie im Innern eine Wendeltreppe von 345 Stufen führt. Der Blick auf London entschädigt von oben aus für die Krangel. Wie Ameisen wimmeln da unten auf der nahegelegenen London Bridge und auf den Straßen die Menschen herum, und trotzig erhebt sich nebenan der massive Quaderbau des Tower. Der Tower (Zaur), dieser Schreden vieler Jahrhunderte, ist der Schauplatz endloser Verbrechen der Regierungen gewesen. Hier wurden Könige und Königinnen enthauptet, Günstlinge ermordet und widerspenstige Bürger eingekerkert. Der eine Teil heißt heute noch der „blutige Tower“. Waffenkammern und der sorgsam gehütete Kronschatz werden heute dort aufbewahrt.

der Krankenkasse als freiwilliges Mitglied anzumelden, bei der er soeben vom Unternehmer abgemeldet worden ist. Die Erklärung muß unbedingt innerhalb dieser einwöchigen Frist abgegeben werden, wenn die Mitgliedschaft erhalten bleiben soll. Auch die geringste Ueberschreitung macht die Fortdauer des Versicherungsverhältnisses illusorisch. Selbst wenn die Krankenkasse eine kleine Ueberschreitung der Frist noch wollte durchgehen lassen, kann die Aufsichtsbehörde die Mitgliedschaft für ungültig erklären, wenn es ihr zur Kenntnis kommt, daß dies geschehen ist.

Es kommt gar nicht in Betracht, wo das freiwillige Mitglied seinen Aufenthalt nehmen wird; wenn es nur innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches verbleibt. Also auch auf Wanderschaft gehende Arbeiter können die Mitgliedschaft behalten, um sich vor Krankheit auf der „Walze“ zu versichern. Auch Personen, die im Arbeitsverhältnis verbleiben, trotzdem aber aus dem versicherungspflichtigen Verhältnis ausscheiden (zum Beispiel wenn ihr Einkommen auf über 2000 Mk. im Jahre erhöht wird), können freiwillige Mitglieder bleiben. Auch trankte Rassenmitglieder, die sich schon im Genuß der Krankenunterstützung befinden, während der Krankheit aber vom Unternehmer entlassen werden, können innerhalb einer Woche nach Beendigung der Krankheit noch ihre freiwillige Mitgliedschaft anmelden. Nach § 54 a des Krankenversicherungsgesetzes dauert die Mitgliedschaft während des Bezuges von Krankenunterstützung fort, und es genügt daher, wenn nach Ablauf der Krankheit oder nach der Erschöpfung der Leistungen innerhalb der einwöchigen Frist die Absicht, freiwilliges Mitglied zu bleiben, der Krankenkasse angezeigt wird. In letzterem Falle hat die Krankenkasse aber nur für neue Erkrankungen Unterstützung zu leisten, nicht für die Krankheit, durch die der Versicherte ausgeteuert wurde, und die beim Beginn der freiwilligen Mitgliedschaft noch weiter besteht. Die Fortsetzung der freiwilligen Mitgliedschaft ist nicht aber auch dann möglich, wenn nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung zwar innerhalb der einwöchigen Frist ein Unterstützungsanspruch bei der Kasse geltend gemacht wird, die Absicht zur Erhaltung der Mitgliedschaft aber nicht kund getan wurde. Dann hat die Kasse nach § 28 des Krankenversicherungsgesetzes nur die gesetzlichen Mindestleistungen zu gewähren.

Bei der Gemeinde-Krankenversicherung versicherte Mitglieder können jedoch nur dann freiwillige Mitglieder bleiben, wenn sie in dem Gemeindebezirk ihres bisherigen Aufenthalts verbleiben oder in dem Gemeindebezirk ihren Aufenthalt nehmen, in dem sie zuletzt beschäftigt wurden. Eine ausdrückliche Erklärung zur Fortsetzung der Mitgliedschaft ist nicht notwendig, es genügt, wenn durch Fortzahlung der Beiträge der Wille hierzu ausgedrückt wird.

Freiwillige Mitglieder haben die Beiträge allein zu tragen. Es empfiehlt sich, die Zahlungen lieber pünktlicher, wie notwendig, zu leisten, als bummelig zu sein. Denn die geringste Unpünktlichkeit kann den Verlust der Mitgliedschaft zur Folge haben. § 27 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes besagt nämlich: „Die Mitgliedschaft erlischt, wenn die Beiträge an zwei aufeinander folgenden Zahlungsterminen nicht geleistet werden.“ Zahlungswochen sind nur dann Zahlungstermine, wenn die Krankenkasse die Zahlung der Beiträge von den freiwilligen Mitgliedern wöchentlich verlangt. In der Regel sind die Beitragszahlungen aber monatlich. Und zwar werden sie monatlich im voraus für soviel Sonnabende erhoben, als solche in dem betreffenden Monat liegen. Geschieht die Beitragszahlung monatlich im voraus, so genügt es also schon, wenn man mit einem Monat im Rückstande ist und für den folgenden Monat die Beiträge statt am 1., am 2. zahlt, um die Mitgliedschaft zu verlieren. Auch hier kann, wenn die Kasse diesen Satz durchgehen lassen wollte, die Aufsichtsbehörde diese Mitgliedschaft für ungültig erklären. Für Leistungen, die für solche ungültigen Mitgliedschaften aufgewendet wurden, haftet der Vorstand resp. die verantwortlichen Beamten der Kasse.

Da es sich für freiwillige Mitglieder in der Hauptsache weniger um den eventuellen Bezug von Krankengeld, als um die ärztliche Hilfe und die Lieferung von Arznei und auch um die Familienversicherung handelt, so sieht es ihnen frei, sich in einer niedrigeren Klasse zu versichern als die war, der sie als Pflichtmitglieder angehörten. Dadurch wird es ihnen leichter fallen, die Beiträge, die entsprechend niedriger sind, zahlen zu können. Das kann allerdings nur dann geschehen, wenn eine Bestimmung im Rassenstatut dies gewährleistet. In anderen Fälle ist es nicht angängig, daß dies geschieht, und die freiwilligen Mitglieder müssen für die Klasse Beiträge zahlen, der sie als Pflichtmitglieder angehörten. Hier ist den Generalversammlungsvertretern Gelegenheit gegeben, durch Einbringung einer dergleichen Bestimmung in das Statut, den arbeitslos werdenden Mitgliedern eine verhältnismäßig große Erleichterung zur Erhaltung der freiwilligen Mitgliedschaft zu bieten.

Nach § 3 a Ziffer 2 des Krankenversicherungsgesetzes können auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden: „Personen, welchen gegen ihren Arbeitgeber für den Fall der Erkrankung ein Rechtsanspruch auf eine den Bestimmungen des § 6 entsprechende oder gleichwertige Unterstützung zusteht, sofern die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers zur Erfüllung des Anspruchs gesichert ist.“ Solchen Personen steht ein Recht auf die freiwillige Mitgliedschaft bei der Kasse, der sie eigentlich hätten angehören müssen, nicht zu. Sie sind von der Pflichtmitgliedschaft auf ihren Antrag hin befreit gewesen. Infolgedessen bestand eine solche auch nicht, und es ist keine Möglichkeit vorhanden, eine nicht bestehende Mitgliedschaft fortzusetzen. Solche Personen werden es sich also reiflich überlegen müssen, ob sie von dem Recht der Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft Gebrauch machen wollen. Allerdings bringt die Befreiung von der Mitgliedschaft auch eine Befreiung von der Beitragszahlung mit sich. Ist das Arbeitsverhältnis aber vorausichtlich kein dauerndes, so wird diese Befreiung lieber nicht nachgefragt werden, um sich eine eventuell notwendig werdende freiwillige Mitgliedschaft zu erhalten. Bei jahrelanger Beschäftigung dürfte diese Befreiung wegen der Ersparnis für die Beitragszahlung etwas für sich haben.

Im eigenen Interesse der Arbeiter empfiehlt es sich, von dem Recht der freiwilligen Weiterversicherung weitesten Gebrauch zu machen.

## Korrespondenzen.

Berlin. In der am 25. Mai stattgefundenen Versammlung wurde zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen Pflichtgehörer und Fritz Krüger durch Erheben von den Sigen geehrt. Das Protokoll der vorigen Versammlung wurde mit einem kurzen Monita angenommen. Hierauf wurde in die Verhandlungen über die Remuneration der unbesoldeten Vorstandsmittelglieder eingetreten. Diefelben werden wie im Vorjahre festgesetzt, nachdem über die Vergütung der Schriftführer in eingehender Weise diskutiert war. Danach erhalten der stellvertretende Vorsitzende 200.— Mk., der stellvertretende Kassierer 75.— Mk., 5 Schriftführer je 125.— Mk. und 1 Beisitzer 50.— Mk. Entschädigung pro 1910. Dem Vorsitzenden im Tarifschiedsgericht wurden nach ebenfalls eingehender Diskussion 100.— Mk. Entschädigung bewilligt. Zwei Kollegen, die in einer größeren Druderei tätig waren, verloren ihre Stellung dadurch, daß sie häufig fehlten und trotz Verwarnung der Vertrauensleute und des Vorstandes häufig betrunken zur Arbeit erschienen. Der Vorstand empfiehlt der Versammlung den Ausschluß derselben. Die Versammlung beschließt nach längerer Diskussion, diesmal noch vom Ausschluß Abstand zu nehmen, in der Voraussetzung, daß die beiden in Zukunft, der heutigen Diskussion eingedenk, ihr Verhalten ändern werden, andernfalls der Ausschluß erfolgt. Dem Ausschluß der Kollegin Moniz, die eine Stellung vom Nachweiser annahm, dieselbe aber nicht besetzte, sich auch nicht wieder bei der Organisation meldete, stimmte die Versammlung zu. Eine Kollegin Ella Haupt wurde wiederholt zur Vorstandsführung geladen, um sich wegen ihres Verhaltens auf ihrer Arbeitsstelle zu verantworten; da sie zur Vorstandsführung unter Angabe nichtiger Gründe nicht erschien, mußte der Ausschluß er-

folgen, dem die Versammlung ebenfalls zustimmte. Kollegin Elise Staiger war bei Dehne u. Wagner beschäftigt; sie hörte dort auf, weil sie sich mit dem Ober-Maschinemeister überworfen hatte und nahm dort wieder Stellung an ohne Genehmigung des Vorstandes und unter Umgehung des Nachweises. Auch ihr Verhalten in der Vorstandssitzung, in der ihr Ausschluß erfolgte, ließ viel zu wünschen übrig. Die Versammlung bestätigte den Ausschluß. Kollege H. u. d. Herber war Bierverwalter bei Woffe und unterschlug 1800,— M. Prozentgelder. Als zu Pfingsten die Prozente ausgehakt werden sollten, hob der Kollege noch 250,— M., die ebenfalls den Kollegen gehörten, bei der Sparkasse ab und verschwand nach Oesterreich. Auf Antrag der Woffe'schen Kollegen beschließt die Versammlung den Ausschluß und Mitteilung an die Bruder-Organisation in Oesterreich. Sodann teilt Kollege Moritz mit, daß die vorige Versammlung im Fall Krönung von Albrecht u. Meißner beschlossen hat, die unterschlagenen Gelder in Höhe von 140,— M. zu beden. Der Schaden beläuft sich jetzt aber schon auf 170,— M., und es ist nicht abzusehen, ob derselbe nicht noch weiter steigt. Allgemein wurde die Ansicht des Vorstandes geteilt, daß Kolleginnen, die mehrere Nester hatten, sich auf Kr. ausreden. Kollege Baumgarten ergründete die Sammellisten, die von uns für die ausgesperrten Bauarbeiter ausgegeben werden, auch bei uns abzurechnen, da sonst Irrtümer entstehen. Kollege Selle tritt zum Schluß für die Wiederaufnahme des 1906 ausgeschlossenen Falzers Klugas ein; darüber entspinnt sich eine eingehende Diskussion, in welcher der Vorstand die Ansicht vertritt, daß die Aufnahme nicht vollzogen werden kann, da Kr. in einer Firma Arbeiten verrichtet, die die Buchbinder-Organisation für sich in Anspruch nimmt. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 500 M. aus der Lokaltasse bewilligt.

**Braunschweig.** Die am 21. Mai stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Defraudation des Kollegen Robert Schütte. Derselbe hat nach Mitteilung des Vorstandes mit den einflussreichen Beiträgen verschiedener Mitglieder das Weite gesucht. Nach einer sehr erregten Debatte wurde beschlossen, zu versuchen, die Adresse des Kollegen Schütte zu erlangen, um ihn dann aufzufordern, die Gelder in einer festgesetzten Frist zurückzuführen, anderenfalls Anzeige erstattet wird. Ferner wurde der Ausschluß des Schütte und Bekanntmachung in der „Solidarität“ beschlossen. Eine im Metallarbeiterverband organisierte Kollegin de Fries hat seinerzeit Verrat an unserer Sache begangen und ist der Lohn für ihre wertvolle Handlung, nachdem die betreffende Firma, in welcher sie beschäftigt war, ihrer Fuldendienste nicht mehr bedurft, in ihrer Entlassung erfolgt. Aus Rache darüber versucht sie in ihrer jetzigen Stellung, Uneinigkeit unter unsere Mitglieder zu bringen. Es ist ihr auch gelungen, eine wandelmütige Kollegin zum Austritt zu bewegen. Wir warnen deshalb unsere Kolleginnen vor solch unüberlegten Schritten und fordern alle Kollegen und Kolleginnen auf, ihre ganzen Kräfte daran zu setzen, alle Indifferenten zu unserem Verbands heranzuziehen, damit wir bald in der Lage sind, einen Tarif auch in Braunschweig einzuführen.

**Halle a. S.** Die Mitgliederversammlung am 21. Mai nahm den Rapportbericht vom 1. Quartal entgegen. An Unterstützungen wurden ausgehakt: an Arbeitslose 58,80 M., an Kranke 50,20 M., an Streikende 581,05 M., an Gemahrgelde 10,10 M. und für Rechtshilfe 21,20 M. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des ersten Quartals 59 männliche und 172 weibliche. Der Vorsitzende gab sodann den Beschluß der Tarifkommission betreffend die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises bekannt. Der Nachweis wird am 1. Juni bei Herrn Woffe, Königstraße 83, eröffnet. Zur Ueberwachung der Geschäftsführung wird eine viergliedrige Kommission, bestehend aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gewählt. Die Kosten des Arbeitsnachweises werden von den beteiligten Vereinen getragen. Nichtmitglieder haben eine Einschreibegeld von 25 Pf. zu bezahlen, welche beiden Organisationen zugute kommen. Die überwachende Kommission wird aus den Mitgliedern der Tarifkommission gewählt. (Die inzwischen vollzogenen Wahlen ergaben auf Arbeitgeberseite die Herren Heitschmidt und Wiede, auf Arbeitnehmerseite die Kollegen M. Stolle und H. Mar.) Hierauf wurden verschiedene Klagen über einige Firmen vorgebracht.

In der Halle'schen Zeitung wurde ein Kollege entlassen, weil die Organisation für ihn den tariflichen Lohn forberte. Die Firma Hofmann, die einzige am Ort, die den Tarif nicht anerkennt, engagiert nur unter der Bedingung Hilfspersonal, daß dieses nicht dem Verbands angehört und auch demselben nicht beiträgt. Es wurde beschlossen, dort in nächster Zeit Remedur zu schaffen. In der Firma Kriebich und Bauer wird nur eine einzige Hilfsarbeiterin tariflich entlohnt. Es konnte bis jetzt noch nicht entsprechend dagegen eingeschritten werden, weil das dortige Hilfspersonal der Organisation passiv gegenüber steht. Nach Erledigung einiger Internas wurde die Versammlung geschlossen.

**Hannover.** Mitgliederversammlung am 25. Mai. Nach Verlesung des Protokolls teilte Kollege Spatuhl mit, daß auf unsere Eingabe an den Prinzipalverein betreffend des Arbeitsnachweises, wir folgendes Schreiben als Antwort erhielten: „In Sachen des Arbeitsnachweises für Hilfsarbeiter ist in unserer letzten Monatsversammlung beschlossen worden, eine Geschäftsordnung auf Grund der am 1. Januar 1907 zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands vereinbarten allgemeinen Bestimmungen auszuarbeiten. Nach Genehmigung des Entwurfes durch unsere Monatsversammlung werden wir Ihnen denselben zufließen.“ (Diese Arbeit könnten sich die Herren Prinzipale ersparen, weil bereits eine für ganz Deutschland gültige Geschäftsordnung existiert. Redaktion.) Einen Beitrag zu den Unterhaltungskosten des Arbeitsnachweises zu bewilligen, hat die Versammlung abgelehnt. Dagegen sollen die erforderlichen Drucksachen seitens des Bezirksvereins Hannover unentgeltlich geliefert werden. Kollege Spatuhl schlug vor, vorläufig eine abwartende Stellung hierzu einzunehmen, bis die neue Geschäftsordnung von den Prinzipalen vorliegt. Dem wurde allgemein zugestimmt. Weiter war die Versammlung damit einverstanden, daß wegen der regelmäßigen Ausgaben die Remunerationen alle Vierteljahre mit verrechnet werden sollten. Einen Vortrag „Die neue Reichsversicherungsordnung“ hielt darauf Gewerkschaftssekretär Genosse Mey. Der Redner erläuterte in sehr ausführlicher Weise besonders wichtige Punkte aus der neuen Reichsversicherungsordnung und erteilte für seine sachgemäßen Ausführungen reichen Beifall. Kollege Spatuhl führte hierauf an, daß der Gewerkschaftskongress, der in Berlin tagte, beschlossen hat, wenn die Halbierung der Beiträge eintreten sollte, dann die Gewerkschaften ihre Beiträge um den freiwerdenden Betrag erhöhen sollen, um die Mitglieder vor Schaden zu bewahren. (Im übrigen sei auch auf den Artikel in der „Solidarität“ vom 10. April 1910, „Die neue Reichsversicherungsordnung“ hingewiesen. Der Schriftführer.) Sodann verliest Kollege Spatuhl einen Artikel aus einer hiesigen Tageszeitung, wonach der Buchdruckerverein eine Eingabe an den Reichskanzler gefandt hat, um Ausnahmen zu gewähren, damit Arbeiterinnen länger wie bis 5 Uhr beschäftigt werden können. Kollege Spatuhl führte dazu aus, daß der Grund darin nicht stichhaltig wäre, da genügend männliche Kräfte vorhanden wären und schlug folgende Resolution vor: „Die heute tagende Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem Beschlusse des Buchdruckervereins bezüglich der an den Reichskanzler gerichteten Eingabe, worin der Wunsch ausgesprochen wird, daß die besondere Lage des Zeitungsgewerbes berücksichtigt und die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Zeitungsbetrieben an den Sonnabenden erleichtert, insbesondere die Einstellung nicht ständig im Betriebe tätiger Hilfsarbeiterinnen nach 5 Uhr nachmittags gestattet werden möchte. Die Versammlung ist der Ansicht, daß hiergegen Protest erhoben werden müsse, da doch genügend männliche Kräfte vorhanden seien und ersucht den Hauptvorstand, hiergegen sofort Schritte einzuleiten, damit diesem Wunsche der Arbeitgeber nicht nachgegeben wird.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß beschloß die Versammlung, den ausgesperrten Bauarbeitern 50 Mark aus der Lokaltasse zu überweisen.

**Osnabrück-Melle i. S.** Nachdem hier schon vom Kollegen Spatuhl-Hannover mit Hilfe der Buchdrucker Rabes und Eisele vorgearbeitet war, fand am Sonntag, den 21. Mai, eine Versammlung der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Kollege Spatuhl über „Zweck und Nutzen der Organisation“ referierte. Er legte den Anwesenden den Zweck der Organisation klar vor Augen und ging dann auf den Nutzen derselben ein. Es

ist doch nur durch festen Zusammenschluß möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, das sieht man doch am besten daran, daß dort die besten Verhältnisse bestehen, wo die Organisation am stärksten vertreten ist, während hier in Osnabrück noch nicht einmal die Feiertage bezahlt würden, geschweige denn ausreichende Löhne. Ebenso verhält es sich mit der Arbeitszeit. Daher wäre es nun zu wünschen, daß auch hier sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation anschließen. Nachdem Kollege Beschorner sowie Genosse Eisele in zustimmender Weise sich äußert hatten, ließen sich sofort 5 Kollegen in unsern Verband aufnehmen. Hierauf wurde beschlossen, eine Zahlstelle Osnabrück-Melle zu gründen und wurde Herr Buchdrucker Fr. Eisele-Osnabrück zum Vorsitzenden und Kollege Beschorner-Melle zum Kassierer gewählt. Alsdann wurde noch beschlossen, die nächste Versammlung auf einen Sonntag zu legen, wo dann der übrige Vorstand hinzugewählt werden soll. Nachdem Kollege Spatuhl noch einige Fragen beantwortet hatte, ernannte er nochmals alle Kollegen, nun auch mit zu arbeiten an dem großen Werke und wenn ein jeder einen Kollegen oder eine Kollegin mitbrächte, so würde bald eine große Zahl vorhanden sein zum Segen der Kollegenchaft. Den Herrn Eisele sowie Herrn Rabes sei an dieser Stelle für ihre Bemühungen der Dank ausgesprochen.

Am 22. fand dann in Melle noch eine Versammlung statt mit derselben Tagesordnung. Nach den Ausführungen des Kollegen Spatuhl, welche mit Beifall aufgenommen wurden, stimmte man den Beschlüssen, welche in Osnabrück gefaßt wurden, betreffs Zusammenschluß zu einer Zahlstelle, zu. Nach einigen Ausführungen des Kollegen Spatuhl, fest und tren zur Organisation zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

### Adressenveränderungen.

**Brandenburg a. S.**  
Vorjeder: Ernst Schwarz, Deutsche Dorfstr. 6.

**Osnabrück-Melle.**  
Vorjeder: Fr. Eisele, Osnabrück, Spindelstr. 36a.  
Kassierer: Max Beschorner, Melle i. S., Gröbergstr. 268.

### Abrechnungen

gingen in dieser Woche aus folgenden Zahlstellen ein:  
Gotha 49.30, Hamburg 901.62, Heidelberg 36.89, Karlsruhe 509.23, Mannheim 318.76 M.  
S. Loda h. l.

### Anzeigen

### Achtung! Halle a. S. Achtung!

Den Kollegen und Kolleginnen wird es strengstens zur Pflicht gemacht, bei Arbeitslosigkeit sich nur im Arbeitsnachweis, Königstraße 83 bei Herrn Woffe, zu melden. Sprechzeit von 8 bis 10 Uhr vormittags.

Die Ortsverwaltung.

### Nachruf.

Am 26. Mai verschied nach schwerem Leiden unser Vorjederer Kollege

### Karl Wiffel

im 53. Lebensjahre.

Der Verstorbene war Gründer unserer Zahlstelle, welche der Verlust um so heftiger trifft, weil sie in ihm einen eifrigen Förderer und die Kollegenchaft einen tüchtigen Vertreter ihrer Interessen verlor.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

die Zahlstelle Brandenburg a. S.

### Nachruf.

Am 24. Mai verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser treues Mitglied, Kollege

### Josef Buche

(in Firma Schulz & Co.) im Alter von 42 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

die Zahlstelle Straßburg i. El.

## Carif-Schiedsgericht für das Buchdruckeri - Hilfspersonal in Breslau.

Sitzung am 6. Mai.

Zur Verhandlung standen die beiden am 2. Mai vertagten Klageanträge.

1. Die Klage einer Anlegerin wegen Lohnabzug, verursacht durch falsches Vorschlagen, hat sich dahin erledigt, daß der Beklagte den Betrag von 6 Mk. inzwischen an die Klägerin gezahlt hat.

2. Ein Tiegelbruder, der wegen unrechtmäßiger Entlassung bzw. Lohnausfall für neun Tage im Betrage von 34,50 Mk. klagte, wurde mit seinem Anspruch abgewiesen.

Begründung: Kläger hatte am 9. April wegen Differenzen mit dem Inhaber der Firma seine Stellung gekündigt und ist am 13. April den ganzen Tag über ohne Entschuldigungsverhalten ferngeblieben, er hatte somit die zulässige Zeit von 4 Stunden, in welchen die Entschuldigung eingegangen sein muß, überschritten, folgedessen war der Beklagte zur sofortigen Entlassung berechtigt. Das Schiedsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß Kläger unter dem Kündigungsverhältnis hätte um so vorsichtiger sein müssen, besonders, da ihm bekannt war, daß bereits ein Nachfolger angenommen, der in der Lage und auch bereit war, jederzeit einzuspringen. Die Entschuldigungen, die Kläger dem Beklagten und auch dem Schiedsgericht gegenüber vorbrachte, waren zu wenig stichhaltig, um zu einem anderen Urteil zu gelangen.

Da der Kläger sich während seiner einjährigen Tätigkeit bei der betreffenden Firma sonst nichts hat zu Schulden kommen lassen und der Beklagte selbst erklärte, daß es ihm nicht um das Objekt, sondern nur um das Prinzip zu tun ist, wurde dem Beklagten bei der Urteilsverfällung vom Vorsitzenden, im Einverständnis mit den Beisitzern, der Vorschlag gemacht, an den Kläger die Hälfte der geforderten Summe zu zahlen. Der Beklagte war damit einverstanden.

## Carif-Schiedsgericht für das Hilfspersonal in Halle a. S.

Sitzung am 9. Mai 1910.

Zur Verhandlung steht eine Klage einer Buchdruckerin gegen eine Anlegerin wegen Nichtinhaltung der tariflichen Kündigungsfrist. In der Klageschrift wird ausgeführt, daß die Beklagte verschiedentlich aufgefordert wurde, die Unterhaltung mit ihren Mitarbeiterinnen während der Arbeitszeit zu unterlassen. Als sie diesem Verlangen nicht nachkam, wurde ihr Arbeit an einer anderen Maschine angewiesen. Dem nachzukommen weigerte sich die Beklagte mit dem Bemerkten, nur für eine bestimmte Maschine engagiert zu sein. Sie hat dann, ohne zu kündigen, die Arbeit aufgegeben. Der Firmeninhaber versuchte am nächsten Tage die Beklagte zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, was trotz ihrer Zusage keinen Erfolg hatte. Der Antrag der Firma geht dahin, die Beklagte zur Innehaltung der tariflichen Kündigungsfrist zu verurteilen.

Die Beklagte machte bei der mündlichen Verhandlung geltend, daß sie schon seit einem Vierteljahr keine ständige Arbeit zugewiesen erhielt. Sie wurde fortgesetzt zu allen möglichen Arbeiten verwendet. Da sie auch Vertrauensperson gewesen ist, kamen öfter Kolleginnen an ihren Arbeitsplatz, um ihr Mitteilungen zu machen. Am 30. April sagte ihr der Saalmeister, sie müsse wieder an eine andere Maschine gehen. Nach dem Grunde befragt, sagte er, es wäre eine Strafverurteilung. Die Beklagte erwiderte darauf, daß sie sich nicht weigere, ihr übertragene Arbeiten zu verrichten, aber schämieren lasse sie sich nicht. Darauf stellte sie die Arbeit ein.

Das Schiedsgericht fällte mit 7 zu 1 Stimme folgendes Urteil: Die Beklagte wird, weil sie ohne Grund und Recht die Arbeit verlassen hat, verurteilt, die 14 tägige Kündigungsfrist bei der Klägerin auszuarbeiten. Wenn sie diesem Urteil nicht nachkommt, hat sie die entsprechenden Konsequenzen zu tragen, eventuell kann ihr Ausschluss aus dem Verband erfolgen.

Eine Organisationsbeschwerde gegen eine Firma, die den Tarif noch nicht anerkannt hat, wird dahingehend erledigt, daß den beiden Vorsitzenden ausgegeben wird, sich um die Regelung dieser Angelegenheit zu bemühen.

## Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908.

Etwas zeitiger als in den Vorjahren konnte der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, Genosse Legien, seinen sechsten Bericht, der das Jahr 1908 umfaßt, herausgeben. Die vielfach geäußerten Wünsche, den Bericht noch wesentlich zeitiger erscheinen zu lassen, da er so an Aktualität einbüßt, können nicht erfüllt werden; Ende März d. J. ist erst der letzte Bericht beim Sekretär eingegangen und trotz der Vorsorge einer sofortigen Uebersetzung bedarf die Fertigstellung dieses 16 Druckseiten umfassenden Berichtes doch auch einige Wochen Zeit.

Der Bericht repräsentiert sich in vollkommener Form. Alle 19 dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder haben diesmal Berichte eingelangt. In dieser internationalen Gewerkschaftsübersicht fehlen nur noch die Angaben von Rumänien, Australien, Argentinien, Brasilien, Australien und Japan; Länder, in denen mehr oder weniger entwickelte gewerkschaftliche Bewegungen vorhanden sind.

Nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere industrielle Länder hatten unter der Krise des Jahres 1908 zu leiden. Demzufolge weisen die meisten Länder einen Mitgliederrückgang auf. Eine nennenswerte Zunahme an Mitgliedern ist nur in England zu verzeichnen. Ungarn hatte einen beträchtlichen Rückgang der Mitgliederzahl, der zum großen Teil auf die Landarbeiterorganisation entfällt, deren Mitgliederstand von 11 838 auf 3563 sank; zudem kommt ein Verlust von 31 700 Mitgliedern, den die Gewerkschaften der Industriearbeiter hatten.

Die absoluten Mitgliederzahlen sind nicht als Maßstab für die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation eines Landes zu nehmen, sondern das Prozentverhältnis der organisierten zu den beschäftigten Arbeitern kann nur hierfür bestimmend sein. Zuverlässige Angaben sind hierfür jedoch nicht zu machen. Dänemark mit 48 und Schweden mit 40 Proz. Organisierten dürften darin an der Spitze der internationalen Gewerkschaften stehen.

Die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder rangieren nach der Mitgliederzahl in folgender Reihe: England 2 406 742 (1907: 2 106 283), Deutschland 2 382 401 (2 446 480), Vereinigte Staaten 1 588 000 (1 586 885), Italien 546 650 (387 384), Oesterreich 482 279 (501 094), Frankreich 294 918 (715 576), Schweden 219 000 (239 000), Belgien 147 058 (181 015), Niederlande 128 845 (128 845), Dänemark 120 850 (109 914), Schweiz 113 800 (135 377), Ungarn 102 054 (142 030), Norwegen 48 157 (48 215), Spanien 44 912 (32 612), Finnland 24 009 (32 000), Bulgarien 12 933 (10 000), Kroatien 4520 (8700), Bosnien 3997 (—) und Serbien 3238 (5434). Bei Frankreich war für 1907 die Mitgliederzahl nach dem amtlichen Bericht für 1904 angegeben, während die Zahl für 1908 nur die der Mitglieder der Gewerkschaften ist, welche der Landeszentrale angeschlossen sind. Die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften in Frankreich ist bedeutend höher. Stellen wir hier wiederum die Zahl von 1904 ein und rechnen wir im Vorjahre für Australien und Neuseeland 213 136 Gewerkschaftsmitglieder, so ergäbe sich in diesen 20 Ländern eine Gesamtmitgliederzahl von 9 308 157. Im Vorjahre war diese auf 9 029 980 berechnet.

Von den Einzelberichten der Länder hat der aus England besonderes Interesse. In ihm werden in recht anschaulicher knapper Form die politischen Wirren sowie die sozialpolitischen Maßnahmen besprochen. Vielleicht ist auf diese hochgehende Bewegung des englischen Volkes auch der starke Zustrom zu den Gewerkschaften zurückzuführen, der in den letzten drei Jahren 500 000 Mitglieder betrug. Das Finanzreformgesetz, das auf dem Prinzip des Freihandels basiert, vermeidet alle Erhöhungen auf die Verbrauchsartikel des täglichen Lebens, auf Werkzeuge für Industrie, wie auch auf den Handel und den Verkehr. Von 13 Millionen Lfr. neuen Einnahmen, die das Gesetz vorschlägt und von denen 9 Millionen Lfr. für Alterspensionen verwandt werden sollen, sollen 80 Proz. von den Begüterten aufgebracht werden. Kulturelle Verwendung sollten diese Mehreinnahmen finden, für die Bänderung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Kanäle, Schiffahrtswege, Häfen und der Straßen. Ein Gesetz über die Lohnämter lag vor, durch das für bestimmte Gewerbe Minimallohne geschaffen wurden. 190 paritätische Arbeitsbörsen oder Nachweise wurden errichtet, für die die Regierung zwei Millionen Lfr. bewilligte. Die obligatorische Speisung der Schulkinder wurde auf Antrag der Arbeiterpartei eingerichtet. Mit Verbe weißt der Generalsekretär der englischen Gewerkschaftszentrale, Appleton, die Versuche der Konservativen „Daily Mail“ und des Sozialisten Blatchford zurück, Deutschland und England in den Krieg zu ziehen. Im Bericht sagt er u. a.:

„... doch empfand man die entsetzliche Angst der „Mail“ und Blatchfords als eine Schmach, denn die Engländer teilen sie nicht. Tiefe Enttäuschung erfüllte sie ferner ob der steten Versuche, soziale Reformen in beiden Ländern dadurch zu verhindern, daß man den Krieg an die Wand malt. Möge sich deshalb der gesunde Menschenverstand in Deutschland wie in England gegen solche lärmende Unwissenheit und Selbstsucht erheben, die sonst das unerhörteste Verbrechen des ganzen Jahrhunderts zur Folge haben könnten. Der Krieg hält jeden Fortschritt auf; er zerstört alle Hoffnungen (mit Ausnahme derjenigen der Geldverleiher und der Militärtarife); er entwürdigt die Völker zur Sklaverei.“

Von Frankreich wird über eine starke Fortentwicklung der Organisationen und lebhaftige Agitation berichtet.

Belgien zeigt in detaillierten Berichten der einzelnen Gewerbe genaue Einblicke über den organisatorischen und finanziellen Stand der Gewerkschaften. Die soziale Gesetzgebung stagniert vollständig.

In den Niederlanden entfalteten Partei und Gewerkschaft eine Agitation für den gesetzlichen Zehnjundertag. Eine große Demonstration in Amsterdäm leitete seine Agitation dafür ein. Die Kammer lehnte zwar mit 49 gegen 28 Stimmen die gesetzliche Einführung des Zehnjundertages ab, es wurde aber der Regierung anheimgegeben, eine Einschränkung der Arbeitsdauer für alle erwachsenen Arbeiter auf zehn Stunden anzustreben. Bisher ist von der Regierung noch nichts geschehen. Auch für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts wurde vereint gewirkt. Bemerkenswert ist, daß die Organisation der Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter ziemlich umfangreich ist, auch ein Verband der Lehrer existiert.

In Dänemark richteten die Gewerkschaften einen größeren Teil ihrer Tätigkeit auf Bänderung der durch die Krise verursachten großen Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit erreichte einen nie gesehenen hohen Grad, 20,35 Proz. der Mitglieder waren zeitweise arbeitslos. Trotzdem nahmen die Verbände noch rund 6000 Mitglieder zu.

Schweden hatte ein Jahr der Kämpfe zu verzeichnen, in denen die Arbeiter meist in die Defensive gedrängt, die von den Unternehmern versuchten Lohnreduktionen zurückweisen mußten. Schon zeigten sich die ersten Vorboten für den großen Kampf, der im folgenden Jahre von den Arbeitern mit Erfolg geführt wurde. 293 Arbeitseinstellungen, an denen nahezu 40 000 Arbeiter beteiligt waren, bedeuteten für die schwedischen

Organisationen im Jahre vor der großen Aus-  
sperrung eine große Kraftanstrengung.

In Norwegen dauern die Fortschritte, die  
die Bewegung in den letzten Jahren machte, an.  
Eine besondere Agitation wurde unter den See-  
leuten und den Arbeiterinnen betrieben. Die  
soziale Gesetzgebung erheischt besonderes Inter-  
esse, ein Gesetzentwurf über das Koalitionsrecht,  
die Unfallversicherung für Fischer, ein Kranken-  
versicherungs-gesetz und ein Änderungsantrag be-  
züglich der Gewerbeinspektion.

Aus Finnland wird berichtet, daß der kleine  
Mitgliederrückgang nicht allein auf die schlechten  
industriellen Verhältnisse, sondern auch auf das  
Wüten der politischen Reaktion zurückzuführen ist.  
Größere Kämpfe wurden in der Metall- und  
Papierindustrie geführt.

Den Bericht aus Deutschland können wir  
wohl übergehen, da in ausführlicher Weise vor  
Jahresfrist schon in der deutschen Presse darüber  
berichtet wurde.

Im Nachbarland Oesterreich, das auch  
arg von der Krise betroffen wurde, verloren die  
Gewerkschaften 19 000 Mitglieder, doch verschoben  
diesen Rückgang auch die tschechoslowakischen Ge-  
nossen, die fleißig daran arbeiten, um die be-  
stehenden Zentralverbände in nationale Vereine  
zu spalten. Und da neben dem Nationalitäten-  
haber auch Oesterreich fast alle Spielarten deutscher  
Gewerkschaftsrichtungen hat, bleibt die Zersplitte-  
rung nicht aus. Ein gut ausgebauter Unter-  
stützungsweesen und eine gesunde Finanzgebarung  
zeigen übrigen den festen Grundhoh der Organi-  
sationen. Unter dem ewigen nationalen Krakeel  
leidet auch die Arbeit des Parlamentis und damit  
die Sozialpolitik.

Wosnien und Herzegowina berichten  
zum ersten Male. Eine schlechte Schulbildung des  
Volkes (80 Proz. Analphabeten), reaktionäre  
Maßnahmen der Behörden, Rücksichtslosigkeit des  
Unternehmertums, schlechter Geschäftsgang und  
Spaltungen der Organisationen in nationale usw.  
Gewerkschaften erschweren zwar die Entwicklung  
der Zentralorganisationen, können deren Fort-  
schritt aber nicht hindern. Seit 1909 erscheint ein  
Arbeitsblatt für die gewerkschaftliche und politische  
Bewegung.

Aus Ungarn hören wir von noch schärferen  
reaktionäre Maßnahmen wie in den Vorjahren.  
Die Regierung läßt nicht nur einzelne Sektionen  
auf, sondern läßt nun auch die Zentralen nicht  
mehr unbehelligt. Als Gegenwehr griffen die  
Arbeiter zur Waffe des Generalstreiks. Mit un-  
geschwächter Kraft kämpften trotzdem die Arbeiter,  
wenn ihre Mitgliederreihen auch gelichtet wurden.

Kroatien = Slavonien, Serbien  
und Bulgarien zeigen noch das Bild unvoll-  
kommener, doch stark in aufsteigender Entwicklung  
begriffener Gewerkschaften.

Die Schweiz mit ihrer großen Export-  
industrie mußte naturgemäß unter der allgemeinen  
Krise leiden. Die Differenz in der Gesamt-  
ausfuhr betrug im Jahre 1908 gegenüber dem Vor-  
jahre 114,5 Millionen Francs bei 1033,4 Millionen  
Francs überhaupt. Die Mitgliederzahl und die  
Anzahl der Kämpfe sank dementsprechend etwas.  
Die Buchdrucker konnten das 50 jährige Bestehen  
ihrer Organisation feiern.

Italien zeigt einen Aufschwung der Ar-  
beiterbewegung, die Zentralisation macht erfreu-  
liche Fortschritte. Einen großen Streit führten  
die Landarbeiter in der Provinz Parma, an dem  
sich 30 000 Arbeiter beteiligten. Nach zweimonat-  
lichem heroischen Kampfe endete der Kampf ohne  
nennenswerten Erfolg für die Arbeiter. 50 Ge-  
nossen wurden vor das Schwurgericht geschleppt,  
jedoch freigesprochen. In 1680 Streitigkeiten  
waren beinahe 300 000 Arbeiter beteiligt. Die soziale  
Gesetzgebung stagniert.

In Spanien hat die Entwicklung der  
Zentralverbände immer noch unter der anarchisti-  
schen Strömung zu leiden. Trotdem ist die Mit-  
gliederzahl rapid gewachsen. 1899 erst 26 000  
Mitglieder, zählte die Zentrale 1908 schon über  
39 000 Mitglieder. Um die Streikbewegung zu  
vermehren, begann die Regierung mit der Ver-  
haftung der gewerkschaftlichen und der sozialistischen  
Parteilührer. Nur die Abgereisten entgingen dem  
Kerker. Alle sozialistischen Zeitungen wurden  
unterdrückt, alle Arbeiterlokale und Bureaus ge-  
schlossen. Besonders in den größeren Städten  
waren alle Gefängnisse bald überfüllt. Allein in  
Madrid zählte man über 400 Verhaftungen. Die  
tyrannischen und grausamen Maßnahmen der  
Regierung gegen die Arbeiterklasse, besonders in  
Katalonien, haben die größte Erbitterung im  
Volke wachgerufen, die sich noch steigerte durch

die nachfolgenden Fälschungen. Die Landes-  
zentrale und die sozialistische Partei verlangten  
mit Macht die Abberufung des Kabinetts Maura.  
Anlässlich der Protestbewegung gegen den Krieg  
wurden nicht weniger wie sieben Anklagen gegen  
den Vorsitzenden der Landeszentrale erhoben;  
außerdem zwei gegen den zweiten Vorsitzenden,  
eine gegen den Sekretär, während ein Vorstands-  
mitglied durch ein Kriegsgericht zu sechs Monaten  
Gefängnis verurteilt wurde.

Den Schluß bildet der Bericht von den Ver-  
einigten Staaten von Amerika. Er  
beschäftigt sich zunächst mit dem Kongreß zu  
Toronto und dem dort gefassten Beschluß, den  
Anschluß an die Zentrale zu vollziehen. Die  
Gesamtzahl der organisierten Arbeiter Nord-  
amerikas wird auf drei Millionen geschätzt. Der  
Bericht klingt in einer Verbrüderungsbundgebung  
aller internationalen Gewerkschaften aus, was  
gewiß auch der Wunsch aller Arbeiter ist.

## Rundschau.

Karl Wiffel †. Einen schweren Verlust hat  
unsere junge Zahlstelle Brandenburg a. S.  
und mit ihr der Verband zu beklagen. Am  
26. Mai ist der Begründer und seitiger Leiter  
dieser Zahlstelle Kollege Karl Wiffel nach  
vierwöchentlichem Krankenlager im 53. Lebens-  
jahre gestorben. Der Verstorbene, von Beruf  
Handschuhmacher, gehörte 28 Jahre seiner Fach-  
organisation an, bis er, nachdem er zirka zehn  
Jahre in der Brandenburger Parteidruckerei be-  
schäftigt war, im vorigen Jahre seinen Eintritt  
zum Hilfsarbeiterverband aus eigener Initiative  
vollzog. Mit Feuereifer widmete er sich nunmehr  
der Agitation unter der Hilfsarbeiterchaft und  
es gelang ihm in überragend kurzer Zeit eine  
Zahlstelle des Verbandes ins Leben zu rufen.  
Unter der tatkräftigen und umsichtigen Leitung  
des Verstorbenen hat die Organisation in  
Brandenburg festen Fuß gefasst und sich fortgesetzt  
vergrößert. Nunmehr hat der Allbezwinger Tod  
dem unermüdeten Kämpfer ein Ziel gesetzt und  
wir werden mit Dank und Anerkennung seiner  
über's Grab hinaus ehrend gedenken.

Am Sonntag, den 29. Mai, fand unter zahl-  
reicher Beteiligung die Beerdigung Karl Wiffels  
statt, der sich unter der Arbeiterchaft allgemeiner  
Beileidtheil erfreute. Im Auftrage des Ver-  
bandsvorstandes legte Kollege Lobahl eine Kranz-  
spende am Grabe nieder.

Eine Gaudovorkonferenz des Verbandes  
der Deutschen Buchdrucker trat am 23. Mai in  
Berlin zusammen. Sie beschäftigte sich ein-  
gehend mit organisatorischen und tariflichen  
Fragen unter voller Würdigung der allgemeinen  
Lage im Buchdruckgewerbe, der in der letzten Zeit  
ausgetretenen Erschwerung und der großer  
werdenben Schwierigkeiten, die von außerhalb  
des Gewerbes stehenden Unternehmerreisen dem  
Gewerbe bereitet werden, sowie mit den Ein-  
griffen, die in immer schädlicher Weise auf die  
Buchdruckerprinzipale auszuüben versucht werden.  
Die Konferenz erörterte unter diesen Gesicht-  
punkten die für die im nächsten Jahre stattfindende  
Revision des Buchdruckerarbeits in Betracht  
kommenden Momente; ferner die angesichts der  
gewerblichen und technischen Entwicklung zeit-  
gemäß und notwendig erscheinenden Forderungen  
der Gehilfschaft unter besonderer Berücksichti-  
gung der durch die falsche Wirtschaftspolitik  
und Steuerpolitik des deutschen Reiches allgemein  
eingetretenen Verschlechterungen der materiellen Lage  
der Arbeiter. — Sie präziserte ihre Stellung-  
nahme dahin, daß die Gehilfschaft die Tarif-  
gemeinschaften intakt erhalten wissen wolle, und für  
ihre gezielte Entwicklung weiter zu wirken be-  
strebt ist.

Im weiteren nahm die Konferenz von dem  
mit persönlichen und gesundheitlichen Gründen  
motivierten Rücktrittsgesuch des leitenden  
Redakteurs Kerschauer unter  
allgemeinem Bedauern Kenntnis und  
traf die nötigen Vorkehrungen für die dadurch  
zum 1. Oktober bedingten Veränderungen in der  
Redaktion des „Korrespondent für Deutschlands  
Buchdrucker“.

Der Deutsche Buchbinderverband hält seinen  
11. Verbandstag am 13. Juni und folgende Tage  
in Erfurt ab. Unter Punkt 4 der umfangreichen  
Tagesordnung wird das „Verhältnis zu den gra-  
phischen Organisationen“ besprochen werden, wozu  
8 Anträge vorliegen. Ein Teil derselben wünscht  
die Schaffung eines graphischen Industrie-  
verbandes.

Der Schnapsbojott im April. Die Wirkung  
des sozialdemokratischen Schnapsbojotts ist auch  
in den im „Reichsanzeiger“ soeben veröffentlichten  
Ziffern über die Erzeugung und den Verbrauch

von Alkohol im Monat April zu erkennen. Es  
betrug nämlich:

	1909	1910	Zu- oder Ab- nahme in %
im April	hl	hl	
Erzeugung . . .	438 572	414 446	— 5,5
Trinktverbrauch . .	175 990	139 028	— 21,0
Gewerblicher Ver- brauch . . .	134 232	186 553	+ 39,0
Oktober—April . . .	1908/09	1909/10	
Erzeugung . . .	3 651 844	3 127 726	— 14,3
Trinktverbrauch . .	1 489 320	1 044 188	— 29,9
Gewerblicher Ver- brauch . . .	1 046 125	1 182 153	+ 12,9

In der Gesamtperiode seit Inkrafttreten der  
neuen Steuer hat also ein Rückgang des Alkohol-  
verbrauchs zu Trinkzwecken von fast 30 Prozent  
stattgefunden, im letzten Monat allerdings nur  
noch ein solcher von 21 Prozent. Nimmt man an,  
daß in den ersten Monaten noch die Vorber-  
sorgung der Wirte und Geschäftsleute mit Alkohol  
eine gewisse Rolle gespielt hat, so erklärt sich dar-  
aus wenigstens zu einem Teil das scheinbare  
Nachlassen der Wirkung des Schnapsbojotts.  
Trotdem müssen sich die Arbeiter vor Augen  
halten, daß ihre Energie in dem zweifachen  
Kampfe gegen den Alkohol und die Junter unter  
teinen Umständen nachlassen darf. Außerordent-  
lich gestiegen ist der gewerbliche Verbrauch,  
im letzten Monat allein um fast 40 Prozent. Er  
übersteigt jetzt den Trinktverbrauch um nahezu  
ebensoviel, wie im vorigen Jahre der letztere den  
ersten überstieg. Trotdem hat die Gesamt-  
erzeugung zurückgehen müssen, und zwar in der  
Gesamtperiode um 14,3, im letzten Monat um  
5,5 Prozent. Dabei halten wir es nach dem  
eigenen Geständnis der „Deutschen Tageszeitung“  
mit einer durch die billigen Kartoffelpreise verur-  
sachten Ueberproduktion an Alkohol zu tun, vor  
der das Organ die deutschen Schnapsbrenner ein-  
dringlich warnt. Die deutschen Arbeiter können  
auf dieses Resultat ihres Bojottbeschlusses stolz  
sein! Es gilt für alle unsere Kollegen, auch  
fernerhin dem Schnapsgenuss zu entsagen und für  
den Wohllo Propaganda zu entfalten.

## Literatur.

Wie hüten wir uns vor Herzerkrankungen?  
Von Dr. Reffisch. Unter diesem Titel erschien  
soeben Heft 23 der „Arbeiter-Gesundheits-Biblio-  
thek“ im Verlage der Buchhandlung Vorwärts,  
Berlin SW. 68. Der seit langem als Spezialarzt  
für Herzleiden in Berlin tätige Verfasser entwirft  
in dem vorliegenden Heft ein anschauliches Bild  
von der Bedeutung des Herzens für den Gesamt-  
organismus und bringt insbesondere durch eine  
Reihe schematischer, aber leicht faßlicher Bilder  
das etwas schwierige Kapitel der Herzerkrankungen  
und der dadurch bedingten Kreislaufstörungen  
dem Verständnis des Laien näher. Nach einer  
Einkleitung über den „Bau des Herzens“ folgen  
Kapitel über den Kreislauf des Blutes und die  
Arbeit des Herzens. Bei den nun folgenden  
Krankheiten des Herzens beginnt er mit den an-  
geborenen Herzfehlern, es folgen Herzleiden und  
Infektionskrankheiten, infolge behinderter Atmung,  
auch Gelenkrheumatismus durch geschlechtliche Un-  
arten in der Jugend, weiter „Herz und Berufs-  
wahl“, „Herzleiden und Ehe“, „vorsichtige Ab-  
nutzung des Herzens beim Mann“, „Herzschwäche  
bei Frauen“ und als Schlußkapitel „Hygiene des  
Herzens im allgemeinen“.

Biblische Geschichten. Das letzte Heft (10)  
dieser Broschürenreihe ist nunmehr auch erschienen  
und hat folgenden Inhalt:

Jesus in Galiläa. Die vier Evangelien.  
Der Grundgedanke des Markus. Die Einteilung  
des Markus. Die älteste Uebersetzung. Jesus  
Wirkungskreis in Galiläa. Zeitdauer der Wir-  
ksamkeit Jesus. Die Verfolgung durch den Fürsten  
Herodes. — Sprüche Jesus. Sprüche und Spruch-  
reihen. Das Gottesreich. Seil den Armen. Die  
Kraft des Gebets. Wehe den Reichen. Fröhlich-  
keit und Innerlichkeit. Die Phariseer. Johannes  
der Täufer. Heilungen. — Jesus in Jerusalem.  
Die große Flucht. Die Wendung nach Jerusalem.  
Die große Verwerfung. Der letzte Abend. Das  
Ende. — Einzelheiten und Belege. Im ganzen  
24 Nummern. Davon sind größere Abschnitte:  
4. Der Tod Johannes des Täufers. 5. Die zwölf  
Apostel. 14. Das Vaterunser. 16. Die Wunde  
Jesus. 19. Der „Einzug in Jerusalem“. 22. Das  
Abendmahl. 24. Hat Jesus sich selbst für den  
Messias gehalten?

Preis pro Heft 1 Mt., Volksausgabe 40 Pf.  
Jedes Heft ist für sich abgeschlossen. Zu beziehen  
durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag  
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.